

## "Wie es sich denn auf Flächen des Verbrechens lebe"

Peter Neitzke

Oranienburg, nördlich von Berlin. Das KZ Sachsenhausen nicht in einem unzugänglichen Niemandsland, sondern unmittelbar Teil der Stadt. Einfamilienhäuser und KZ: "Dieses Nebeneinander enthält bald sechs Jahrzehnte Geschichte, Generationswechsel, Wegsehen", heißt es im 'Anlaß und Ziel' überschriebenen Text einer von der brandenburgischen Stadt Oranienburg zum Gutachterverfahren herausgegebenen Dokumentation, und weiter: "Daß die damaligen Bewohner der Dianastraße neun Jahre lang die Häftlingstransporte passieren sahen, daß sie und ihre Nachbarn in der Jägerstraße (heute Straße der Nationen) die Schüsse der Massenerschießungen, die Schreie der Opfer, die Kommandos, den Lärm der nächtlichen Lagerrazzien oder lagerinternen Transporte hörten, daß sie täglich den Gestank der Leichenverbrennungen im Industriebetrieb rochen - all das ist 50 Jahre her. An diesem Nebeneinander ist (...) alles das, was seitdem stumm blieb, thematisierbar: Gesehenhaben und Wegsehen, Billigung, folgenlose Mißbilligung, Verdrängung; der Wechsel der Besitzer und Generationen; persönliche, kommunale und gesellschaftliche Entmündigung, NS-deutsche und realsozialistische Formen der Nichtzuständigkeit."

Das Gutachterverfahren wird vom Auslober selbst als "Grundsatzentscheidung" bezeichnet: "dafür, den historischen Zusammenhang des Geländes aufzuheben. Wo Lager war, soll Stadt sein. (...) Wenn hier normal gelebt werden soll - was denn so, in Steinwurfentfernung vom Lagerdreieck, Normalität heißen kann -, dann muß der SS-Charakter mit allen Mitteln zertrümmert werden. Dies allerdings unter einer entscheidenden Bedingung: daß der zentrale Lagerkomplex dabei endlich sichtbar wird."

Die Widersprüchlichkeit der Aufgabe steckt in diesen Sätzen. In einem Land, daß es für selbstverständlich hält, mit bronzenen oder steinernen Gedenktafeln auf Friedhöfen, in Rathäusern usw. sich vor den 'Helden' der beiden Weltkriege zu verbeugen, statt an jedem Ort sich der Namen derjenigen zu erinnern, die das Naziregime mit dem gelben Stern stigmatisierte, deren Wohnungen es kennzeichnete, deren Synagogen es verbrannte und deren Geschäfte es plünderte und 'arisierte', bis man sie mit der Reichsbahn in die Vernichtungslager des Ostens brachte, gibt es eine eigene Art des Gedenkens: diejenige der feierlichen Verdrängung. Ihr gesellt sich die 'kritische' zu.

Die Ambivalenz der Unternehmung ist in der Beurteilung des mit einem Sonderrang bedachten Beitrags von Daniel Libeskind nachlesbar, der in seinem Erläuterungsbericht - und dies zu Recht - "ganz entschieden jede Vorstellung zurück(weist), dieses Gebiet in irgendeiner Weise mit Wohnungsbau oder einer anderen Form der Domestizierung zu trivialisieren".

Libeskind's Vorschlag besitze, bemerken die Juroren, "eine Dimension an Größe und Intensität, welche die Stadt Oranienburg, das Land Brandenburg, wahrscheinlich die Bundesrepublik überfordern".

Das muß man zweimal lesen. Man vergibt einen Sonderrang wegen "Größe", um sich dann im Hinblick aufs Tagesgeschäft eilig mit einer Formel zu verabschieden, die - unversehens und 'unschuldig' - die deutsche Wirklichkeit mit einem Wort bezeichnet, hinter dem sich, unter dem Signum vorgeblicher Bescheidenheit und eines untrüglichen Sinns für die politische Realität des Landes, der tiefer sitzende Sinn dessen verbirgt, was sie "überfordern" nennen: das Unvermögen zur Scham.

Daniel Libeskind hat mit seinem Beitrag die ganze Fragwürdigkeit der Aufgabe enthüllt. Was sie thematisieren sollte - "Gesehenhaben und Wegsehen (...), folgenlose Mißbilligung, Verdrängung" -, war der Jury Maxime: "Die Realisierung die-

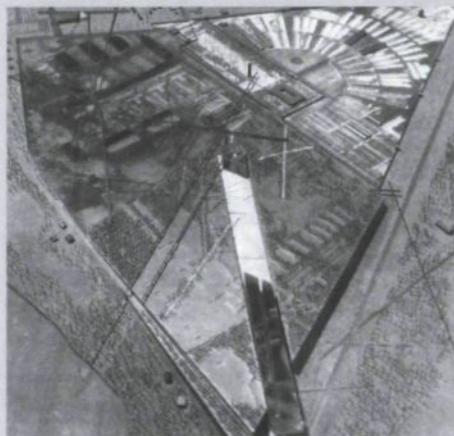
ses Entwurfes", heißt es in ihrer Beurteilung von Libeskind's Arbeit, "würde eine erneute Traumatisierung der Stadt Oranienburg bedeuten." Da zieht man es vor, mit der Tradition der Verdrängung nicht zu brechen. "Wo Lager war, soll Stadt sein."

Das (unter Denkmalschutz stehende und in den prämierten Beiträgen berücksichtigte) 'T-Gebäude', gegenwärtig Sitz des Finanzamtes, beherbergte ab 1938 die von Himmler im Dezember 1934 eingerichtete und ihm selbst unterstellte 'Inspektion der Konzentrationslager', deren Leiter, SS-Oberführer Theodor Eicke (dessen Villa ebenfalls unter Denkmalschutz steht), die Bewachung, Verwaltung und Führung der Konzentrationslager Dachau, Esterwegen, Lichtenburg, Sachsenburg, Columbia-Haus (Berlin), Oranienburg und Fuhlsbüttel koordinierte.

Sind "neue Nutzungen" - u.a. des SS-Baubestandes - geeignet, die Erinnerung an die Ermordeten aufrechtzuerhalten? Werden die Mitarbeiter des Finanzamtes, die über Eingaben zu Steuerbescheiden brüten, von düsteren Bildern heimgesucht?

Gedenkstätten sind Bestandteile des Tourismus. Draußen am Kiosk Heftchen, Postkarten mit den einschlägigen Motiven, Cola und Eis wie überall, und drinnen verstummen die Leute, nicht zuletzt, weil solche Orte - gleich, ob es sich um Überreste der alten Anlagen oder, wie etwa in Dachau, um 'Rekonstruktionen' handelt - stumm bleiben und vielleicht sogar stumm bleiben müssen. 'Urbanisierte' Orte des Grauens gleichen den sprichwörtlichen Teppichen, unter die man kehrt, was man verstecken zu können hofft - steinernen.

Das mag auch die Stadt Oranienburg zum Überdenken des Konzepts bzw. zu einem Kurswechsel bewogen haben. Der Leiter der KZ-Gedenkstätte, der Historiker Günter Morsch, ist



Daniel Libeskind: Mourning / Morning. Beitrag für das Gutachterverfahren zur "Urbanisierung des Geländes der ehemaligen SS-Kaserne Oranienburg (!)"

erleichtert, daß der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, seinerseits gegen eine Urbanisierung des Geländes votiert.

Daniel Libeskind hat im Mai eine Überarbeitung seines Gutachtens vorgelegt. Die Stege im südlichen Teil des Geländes, die in seinem ursprünglichen Beitrag große Wasserflächen überspannten, sind nunmehr Kanäle. Die Flußkiesaufschüttung des Geländes soll über den natürlichen Einzug von Samen eine Vegetationsschicht bilden, die ehemaligen SS-Bauten sollen nach wie vor bis auf die Grundmauern abgetragen werden. Wer hier spazieren geht, wird - ohne einen pädagogischen Fingerzeig - Fragmente des nur anscheinend längst Vergangenen entdecken, die - vielleicht - eine politische Archäologie in Gang zu setzen vermögen.

Vorabdruck aus: Centrum, Jahrbuch Architektur und Stadt, 1993, (Hrsg.): Peter Neitzke und Carl Steckweh, Braunschweig/Wiesbaden (Vieweg) 1993 (erscheint im September)